2049/J XX.GP

der Abg. Ingrid Tichy-Schreder
und Kollegen
an den Bundesminister für Justiz
betreffend den Bericht des Bundesministers für Justiz, 111-74 der Beilagen ("Schutz unserer Kinder")

In der Diskussion zu dem von der ÖVP eingebrachten "Dringlichen Antrag" zum Schutz unserer Kinder wurde der Bundesminister für Justiz u.a ersucht, dem Nationalrat einen Bericht über die Erfahrungen mit § 2O7a StGB und die Spruchpraxis der Gerichte zu dieser Bestimmung sowie der Bestimmungen des Pornographiegesetzes in bezug auf Kinderpornographie vorzulegen. Ferner wurde der Bundesminister für Justiz ersucht, im internationalen Kontext Möglichkeiten zu prüfen, wie im Internet gegen kinderpornographische Darstellungen (und rechtsextreme Ausführungen) vorgegangen werden kann.

In dem nunmehr vorliegenden Bericht des Bundesministers für Justiz werden insbesondere die EU-weiten Aktivitäten, vor allem auch die Einsetzung eines Expertenkomitees des Europarates über "crime in cyberspace" als erster Schritt zur internationalen Bekämpfung illegaler Inhalte im Internet bezeichnet.

Der Erstanfragestellerin sind die Prinzipien des Internet bekannt. Eine Bekämpfung der Verbreitung insbesondere kinderpornographischer Inhalte erscheint aber trotz des Rechts auf freie Meinungsäußerung geboten.

Eine solche Bekämpfung kann wohl zunächst nur dadurch eingeleitet werden, daß die jeweiligen Anbieter ("Provider") unter Androhung strafrechtlicher Verfolgung (als Beitragstäter) veranlaßt werden, den Zugang zu kinderpornographischen Inhalten, sofern sie darauf durch die Strafverfolgungsbehörden aufmerksam gemacht werden, zu sperren. Hiefür ist, wie anläßlich der parlamentarischen Debatte zum "Schutz unserer Kinder" im Herbst des Vorjahres beschlossen, die Einrichtung einer zentralen Meldestelle beim Bundesministerium für lnneres notwendig.

Darüber hinaus wäre zu begrüßen, wenn diese Stelle das Internet aktiv nach solchen Inhalten durchsucht, weil Meldungen jener "Surfer", die gezielt nach solchen abzulehnenden Inhalten suchen, nicht zu erwarten sind und die Häufigkeit von Zufallstreffern eher gering sein wird.

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Die unterfertigten Abgeordneten richten an den Bundesminister für Justiz folgende Anfrage :

1 . Auf welche Art und Weise sollen bzw. könnten die in bezug auf die Problematik "Internet und Kinderpornographie" auf gesamteuropäischer Ebene diskutierten Regulierungsmaßnahmen (Selbstkontrolle, Filtersoftware, Kooperation bei der internationalen Erarbeitung von Bewertungssystemen) funktionieren?

2. Welchen Input leistet das österreichische Justizministerium zu dieser Diskussion auf europäischer Ebene? Welche Vorarbeiten, etwa in Form von Studien, werden dafür im Justizministerium geleistet?

3. Gibt es darüber hinaus auch Ansätze eines globalen Lösungsversuchs?

4. Wie beurteilen Sie die strafrechtliche Verantwortlichkeit von Providern, die es nach Bekanntgabe kinderpornographischer Inhalte durch die Strafverfolgungsbehörden unterlassen, den Zugang zu diesen Inhalten zu verhindern?

5. Könnte auf dieser Basis unter Anwendung nationalen Strafrechts im Weg der internationalen Zusammenarbeit der Justizbehörden auch eine internationale Bekämpfung der Verbreitung kinderpornographischer Inhalte im Internet bewirkt werden?

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.